

Schon immer Hand in Hand Kapital und Staat, Nazis und Geheime

Im November 2011 flog der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) auf. Nicht etwa weil bundesdeutsche Geheimdienste oder die Polizei dem braunen Morden ein Ende bereiteten, sondern weil zwei Mitglieder der Gruppe tot aufgefunden wurden und sich eine Frau der Polizei stellte. Bis jetzt werden der Nazi-Truppe seit 2000 neun rassistische Morde, zwei rassistische Bombenanschläge, der Mord an einer Polizistin, der versuchte Mord an ihrem Kollegen und 14 Banküberfälle zugeschrieben. Öffentlichkeit, Medien und Politik gaben sich entsetzt, aber über die Finanzierung von V-Leuten durch die Verfassungsschutzämter der Länder und des Bundes bis hin zum Militärischen Abwehrdienst (MAD) wurden und werden rechtsextreme Strukturen mitfinanziert. In Teilen wäre die heute gefestigte Struktur rechtsextremer Kameradschaften z. B. in Thüringen ohne diese staatliche Aufbauhilfe nicht möglich gewesen. Der V-Mann des Thüringer Verfassungsschutzes Tino Brandt gründete 1996 den Thüringer Heimatschutz, dem in den 1990er Jahren auch die drei bekannten Mitglieder des NSU angehörten. Auf Grundlage des bei Teilen der Behörden und der Polizei herrschenden Rassismus wurde versucht, die Morde MigrantInnen bzw. deren Milieus zuzuschreiben, in Nürnberg betrieb ein V-Mann des Verfassungsschutzes 2005 gar eine Dönerbude, um an entsprechende Beweise zu kommen. Die Medien transportierten mit Titeln wie »Döner-Morde« die rassistischen Vorurteile.

Die Zusammenarbeit von Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst (BND), MAD, Bundespolizei und den Verfassungsschutzämtern diverser Bundesländer scheint über Jahre gut funktioniert zu haben, die Vernetzung mit der rechtsextremen Szene auch. Nach dem Auffliegen des NSU wurden von den Behörden Informationen zurückgehalten, Akten geschreddert, es wurde dementiert, vertuscht, gelogen. Bis Mai 2012 wurden Anwerbe- und Führungsakten zum Beispiel der Operation Rennsteig (1997 bis 2003) durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) geschreddert, aus denen hervorgegangen wäre, wer wann von wem als Spitzel angeworben wurde. Inzwischen erstatteten Hinterbliebene von zwei Opfern des NSU Anzeige gegen Verfassungsschutzbeamte wegen der Vernichtung von Akten. Statt Verfassungsschutz und Geheimdienste abzuschaffen, werden zur Beruhigung der Öffentlichkeit ein paar Spitzenpositionen ausgetauscht. Die offensichtlichen Verstrickungen von Geheimdiensten und Polizei mit der rechtsextremen Szene begründen auch den Ausbau des staatlichen Repressionsinstrumentariums gegen vom Mainstream abweichende Meinungen. Bereits im Dezember 2011 beschloss die CDU/FDP-Regierung das gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus (GAR) auf Bundesebene aufzubauen, bei dem Bundesnachrichtendienst BND, Europol, die Landeskriminalämter (LKA) und alle Verfassungsschutzbehörden der Länder mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und dem Bundeskriminalamt (BKA) zusammenarbeiten. Am 28. Juni 2012 wurde die Einführung der »Verbunddatei rechtsextremer Gewalttäter« im Bundestag beschlossen. Darin werden nach Vorbild der sogenannten Antiterrordatei Daten über Verdächtige von allen Stellen zentral gesammelt.

Damit wird über den Austausch von Daten zwischen Geheimdienst und Polizei das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdienst wieder einmal missachtet und auch hier sind die Kriterien für einen Eintrag nicht eindeutig, es handelt sich also eher um den Aufbau einer Gesinnungsdatei wie es sie für Linke und in sozialen Bewegungen Mitarbeitende schon länger gibt.

Während die Untersuchungsausschüsse der zuständigen Parlamente sich mit dem Ausmaß der Verstrickungen von Geheimdiensten und Polizei mit der rechten Szene und brutalen Neonazis beschäftigen, werden die, die sich den Nazis entgegenstellen, unvermindert von den Gerichten kriminalisiert. Das Amtsgericht Bad Neuenahr-Ahrweiler verwarnte unter Androhung einer Geldstrafe einen Antifaschisten wegen der »öffentlichen Aufforderung zu einer groben Störung einer nicht verbotenen Versammlung«. Er hatte einen Link zu den Blockadeaktionen gegen den Naziaufmarsch in Dortmund im September 2011 eingerichtet. Die Ministerin für Familie, Frauen, Senioren und Jugend Kristina Schröder, die Rechts von Links nicht unterscheiden will, lässt weiterhin alle, die Förder- bzw. Projektmittel des Bundes beantragen, eine Extremismusklausel unterschreiben, obwohl diese vom Verwaltungsgericht in Dresden als teilweise unzulässig beurteilt wurde.

Im Zusammenhang mit den Anti-Nazi-Protesten in Dresden im Februar 2010 und 2011 wird noch immer gegen ca. 25 Personen nach §129 StGB unter anderem aus Berlin, Dresden, Jena, Leipzig und Stuttgart ermittelt. 2012 gaben Nazis die europaweite Mobilisierung zu Aktionen im Zusammenhang mit der Bombardierung Dresdens im 2. Weltkrieg auf. Die von ihnen weitgehend regional beworbene Aktion am Abend des 13. Februar 2012 wurde von ca. 2000 GegendemonstrantInnen sichtbar gestört. Für den 18. Februar 2012 rief ein breites Bündnis bundesweit zur Demonstration gegen »Sächsische Verhältnisse« und die Kriminalisierung von Nazi-GegnerInnen auf, zu der über 10.000 TeilnehmerInnen nach Dresden kamen. Mitglieder und SympathisantInnen der Ökologischen Linken verteilten das Kampagnenflugblatt 2011 »Hirofukushima, das Kapital und die Repression« und das Flugblatt »Kapitalismus abschaffen, Faschismus entwurzeln!«. Für 2013 ruft das Bündnis Dresden Nazifrei dazu auf, endlich auch dem Nazitreiben am Abend des 13. Februars in Dresden endgültig den Garaus zu machen. Bundesweit fanden 2012 viele Naziaufmärsche wie in Hamburg am 2. Juni 2012 oder in Magdeburg am 14. Januar 2012 statt. Sie wurden von der Polizei geschützt, während GegendemonstrantInnen mit Schlagstöcken verprügelt oder Blockaden mit Wasserwerfern geräumt wurden. Für Anfang 2013 wird damit gerechnet, dass Nazis eine bundesweite Mobilisierung für Magdeburg anlässlich der Bombardierungen der Stadt durch Alliierte 1945 versuchen.

Vor 20 Jahren zündeten Neonazis in Rostock-Lichtenhagen nach tagelangen Angriffen auf MigrantInnen unter Beifall eines rassistischen Mobs ein Wohnheim vietnamesischer VertragsarbeiterInnen an. In letzter Minute konnten die Menschen, die sich im Haus befanden, vom Dach des Hauses gerettet werden. CDU, FDP und SPD waren nicht nur Teil der rassistischen Stimmung in Deutschland, sie gossen auch noch Öl ins Feuer. Die CDU/FDP-Regierung reagierte damals mit der faktischen Abschaffung des Asylrechts, die Grundgesetzänderung wurde am 6. Dezember 1992 unter Zustimmung der SPD-Opposition im Bundestag einschließlich Oskar Lafontaines beschlossen. Unter dem Motto »20 Jahre nach den Pogromen – Das Problem heißt Rassismus« rief ein bundesweites Bündnis von

Antifagruppen, Gewerkschaften, Jugendorganisationen und anderen Organisationen für den 25. August 2012 zu einer antifaschistischen Demonstration auf, die Rassismus und die mörderische Abschottung Europas an den Außengrenzen thematisierte. An der Demonstration nahmen um die 6500 Menschen teil. SympathisantInnen und Mitglieder der Ökologischen Linken verteilten das Kampagnenflugblatt 2012 »Für einen heißen Herbst gegen das Elend, das aus Deutschland kommt« und das Flugblatt »Wir kämpfen gegen den Schrecken an der Ostsee«. Die im Rahmen der offiziellen Gedenkveranstaltung unter Beisein von Sarrazin-Versteher Gauck gepflanzte Eiche, ein Baum, der im NS-Faschismus oft genug als Hitler-Eiche gepflanzt wurde, wurde bereits nach zwei Tagen von der Gruppe »antifaschistischer Fuchsschwanz« aus Kritik an der verlogenen deutschen Aufarbeitung der Rostocker Pogrome gefällt. Bei der Leipziger Demonstration des Bündnisses unter dem Motto »Never forgive, Never forget – Remembering means fighting« am 27. Oktober 2012 mit bis zu 1500 TeilnehmerInnen wurde neben dem Kampagnenflugblatt 2012 das Flugblatt »Kapitalismus abschaffen, Faschismus entwurzeln!« verteilt.

Seit 2000 wurden in der BRD mindestens 184 Menschen aus rassistischen Motiven von Rechtsextremen ermordet. Was jetzt im Zusammenhang mit der Aufdeckung des NSU in den Medien aufscheint, zeigt einen Teil der organisierten faschistischen Gewalt und darf nicht über den Alltagsrassismus und den deutsch-national-reaktionären Geschichtsrevisionismus aus der Mitte des BürgerInnenums hinwegtäuschen. »Ein Fünftel der bundesdeutschen Gesellschaft« ist antisemitisch. Die Entwertung von Menschen ist in der kapitalistischen Produktionsweise, in der strukturellen sozialen Ungleichheit begründet. Kapitalistisches Konkurrenz- und Leistungsdenken führt nicht nur in Deutschland zur Schmäherung der Schwächeren und derer, die anders aussehen oder anders leben wollen.

Am 3. Oktober 2012 feierte sich die deutsche Nation mit einer Partymeile in München. Gegen die Einheitsfeierlichkeiten rief ein Bündnis Münchner Antifa-Gruppen zu antinationalen Aktionen auf. An der Demonstration »NO LOVE FOR A DEUTSCHLAND« am 3. Oktober 2012 nahmen bis zu 600 Menschen teil. Auf einer Vorabend-Tanzparade unter dem Motto »rave without borders« mit 150 TeilnehmerInnen und der Demonstration verteilten Mitglieder und SympathisantInnen der Ökologischen Linken das Kampagnenflugblatt 2012 »Für einen heißen Herbst gegen das Elend, das aus Deutschland kommt«.

Der überall in Europa vorhandene Rassismus zielt auch gegen Menschen, die sich auf Grund ihrer Lebensweise nicht der Verwertung durch das Kapital zur Verfügung halten, wie zum Beispiel Roma und Sinti. Nicht nur dort, wo Regierungen für die Pogrome faschistischer Milizen gegen sie Wache stehen, wie in Ungarn oder Rumänien, gibt es Überfälle und Vertreibungen. Nach einer Studie der EU-Menschenrechtsagentur sind ca. 80 Prozent der Befragten von Armut bedroht. Sie leben unter schlechten Bedingungen und jedeR Zweite ist Opfer von rassistischer Diskriminierung. Wie viele der zehn bis zwölf Millionen Sinti und Roma in den 27 EU-Staaten gegen ihren Willen gezwungen sind, sesshaft zu leben, interessiert die Wenigsten.

Rassistische Ausgrenzung ist ein Wesensmerkmal der Festung EU-Europa. Seit 1988 sind mindestens 18.567 Menschen an den Grenzen EU-Europas gestorben – von einer hohen Dunkelziffer ist auszugehen. Allein im Jahr 2011 kamen 1500 Flüchtlinge im Mittelmeer ums

Leben, so viele wie bisher in keinem Jahr seit Beginn der offiziellen Statistiken. Die Große Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) urteilte am 23. Februar 2012, dass auch auf Hoher See Menschen nicht in Gebiete zurückverwiesen werden können, in denen sie nicht sicher sind, also der menschen- und flüchtlingsrechtlich verbrieft Grundsatz der Nichtzurückweisung gilt. Alle Mitgliedstaaten der EU sind daran gebunden. Seit Einführung der sogenannten Drittländerregelung im Jahr 1993 werden Flüchtlinge, die es bis in die BRD geschafft haben, in das EU-Land zurückgeschickt, in das sie zuerst eingereist sind. Trotz der Verschlechterung der Lebensbedingungen für Arme und Ausgebeutete aufgrund der Wirtschaftskrise müssen die Staaten an der Peripherie Europas auch noch die meisten Flüchtlinge aufnehmen. RassistInnen gehen dort zunehmend aggressiv und lebensbedrohend vor. Zum Beispiel in Griechenland gewannen rechtsextreme Gruppen wie »Orthodoxer Volksalarm« (La.O.S.) oder »Goldene Morgenröte« (Chrysi Avgi / C. A.) an Einfluss und rassistische Übergriffe nehmen zu. Bei den letzten Parlamentswahlen am 17. Juni 2012 erhielten sie zusammen 8,5 Prozent der Stimmen. MigrantInnen werden in Stadtteilen von Athen regelmäßig überfallen, am 12. August 2012 wurde ein Iraker auf offener Straße getötet.

Auf der EU-Innenministerkonferenz am 8. März 2012 forderte Bundesinnenminister Friedrich die Abriegelung der griechischen Grenze, egal was mit Flüchtlingen z. B. in der Türkei passiert. Im letzten Jahr sind ca. 55.000 Flüchtlinge über die griechische Grenze in die EU gekommen. Ein 11 km langer Grenzzaun am Evros-Fluss soll ein Stück Grenze zur Türkei dicht machen und 30 neue Auffanglager werden für die eingerichtet, die Griechenland dennoch erreichen. Darüber hinaus forderte Friedrich auch mehr innereuropäische Grenzkontrollen: »Wir brauchen Binnenkontrollen nicht nur ... bei Fußballspielen ..., sondern auch wenn Mitgliedsländer ihre Pflichten nicht mehr erfüllen.« Soviel zur Reisefreiheit in EU-Europa. Für das Kapital werden die Grenzen natürlich weithin offen sein, für MigrantInnen wird die Festung EU-Europa ausgebaut. Seit 2004 werden Europas Grenzen von der eigens dafür gegründeten Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (FRONTEX) mit militärischen Mitteln gegen MigrantInnen abgeschottet. Mit dem neuen Europäischen Grenzüberwachungssystem EUROSUR (European Border Surveillance System) perfektionieren die EU-Staaten auf den Ebenen der technischen Grenzüberwachungssysteme, des Datenaustausches zwischen den Mitgliedsländern und der Einsatzkoordinierung die Überwachung. Im November 2011 vernetzte sich FRONTEX im Rahmen eines Pilotprojekts mit den ersten sechs nationalen Koordinierungszentren von Finnland, Frankreich, Italien, Polen, Slowakei und Spanien. Seitdem folgten weitere nationale Koordinierungszentren, EUROSUR soll bis Ende 2013 betriebsbereit sein. Zwischen FRONTEX und den nationalen Koordinierungszentren aller Mitgliedstaaten mit Land- und Seeaußengrenzen werden dann in Echtzeit Daten, Informationen und nachrichtendienstliche Erkenntnisse ausgetauscht. Weitere Komponenten von EUROSUR, wie das Aufspüren kleiner Schiffe mit Satelliten und Drohnen, werden von FRONTEX gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und anderer EU-Einrichtungen entwickelt. Darüber hinaus soll zur Errichtung sogenannter »Intelligenter Grenzen« mit dem Einreise-/Ausreisesystem EES und dem Registrierungsprogramm für Reisende RTF eine Datenbank zur Überwachung von Reisebewegungen an den europäischen Grenzübergängen geschaffen werden. Von dem System sollen alle Personen aus Nicht-EU-Ländern elektronisch und über biometrische Daten erfasst werden, die sich bis zu 90 Tage in der EU aufhalten,

unabhängig davon, ob sie der Visumpflicht unterliegen. Wer vorab seine biometrischen Daten an die EU weitergibt und nachweist, dass er oder sie genügend verdient, soll die künftigen Sicherheitskontrollen umgehen können. Hier wird die kapitalistische Klassengesellschaft erlebbar und spürbar.

Mit jeder Schlagzeile über die finanzielle Situation in Griechenland erhalten die HetzerInnen in der BRD neuen Zündstoff. Der bayerische Finanzminister Markus Söder forderte im August 2012, noch während die sogenannte EU-Troika aus IWF, EZB und EU-Kommission ihre diktatorischen Sparmaßnahmen in Athen erfolgreich durchsetzte, den Austritt Griechenlands aus der Eurozone mit den Worten »an Athen muss ein Exempel statuiert werden, dass diese Eurozone auch Zähne zeigen kann. Die Deutschen können nicht länger der Zahlmeister für Griechenland sein.« In Griechenland hatten sich aus linken und linksradikalen Organisationen, Parteien und Einzelpersonen 2004 das linke Wahlbündnis SYRIZA, Koalition der Radikalen Linken, und 2009 die Antikapitalistische linke Kooperation für den radikalen Wandel (ANTARSYA) gegründet. SYRIZA ging aus der Parlamentswahl am 6. Mai 2012 als zweitstärkste Kraft hervor und kurze Zeit schien bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 17. Juni 2012 sogar ein Sieg möglich. Während sich im Wahlkampf SYRIZA mehrheitlich für den Verbleib Griechenlands in der EU aussprach, die Sanktionen der EU-Troika jedoch ablehnte und vor allem die Rückzahlung der Schulden aussetzen wollte, ist das Bündnis ANTARSYA antikapitalistisch und lehnt EU-Europa ab. Die Herrschenden, allen voran deutsche PolitikerInnen und Medien, drohten offen mit dem Rauswurf Griechenlands aus dem Euroraum und der EU. Die konservative Partei Nea Dimokratia (ND) gewann mit knappem Vorsprung vor SYRIZA und bildete mit der sozialdemokratischen Pasok und der Demokratischen Linken eine EU-konforme Regierung. Die repressive EU-Politik gegen Griechenland wurde fortgesetzt, obwohl die griechische Wirtschaft bereits am Boden lag. Tausende Arbeitsplätze gingen aufgrund der aufgezwungenen Sparpolitik verloren, dennoch forderte im September 2012 die EU-Troika weitere Maßnahmen, wie die Wiedereinführung der 6-Tage-Woche, die Rente mit 67 und die Verlängerung des Arbeitstages auch bis zu 13 Stunden. Die Proteste in Griechenland hielten an, am 26. September 2012 fanden ein Generalstreik und Großdemonstrationen in Athen und Thessaloniki statt. Auch in Spanien, Italien oder Portugal wurden drastische Sparmaßnahmen auf Kosten der Bevölkerung trotz massenhafter Proteste und diverser Generalstreiks durchgezogen. Am 19. September 2012 gingen in Portugal Hunderttausende auf die Straße, die bis dahin größten Proteste seit dem Ende der Salazar-Diktatur 1974. Zwar verfolgte die portugiesische Regierung daraufhin einzelne Maßnahmen wie die Erhöhung der Sozialbeiträge nicht weiter und beschloss Steuern für Reiche, doch ab Oktober 2012 zog sie trotz der anhaltenden massenhaften Proteste ihren drastischen Sparkurs zur Erfüllung der Auflagen der EU durch.

Am 14. November 2012 fand der bisher größte international koordinierte Aktionstag gegen die Spardiktate der EU bzw. gegen die Krisenpolitik der Herrschenden statt. Zum Generalstreik bzw. zu zeitweisen Arbeitsniederlegungen riefen nationale Gewerkschaften in Portugal, Spanien, Griechenland, Malta, Zypern und Italien auf. Millionen von Lohnabhängigen beteiligten sich in Griechenland, Spanien und Portugal am Generalstreik. In Madrid, Barcelona, Lissabon und Rom gab es Straßenschlachten mit der Polizei. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) rief den Tag als »Tag der Aktion und der Solidarität« in

ganz Europa aus. Die Beteiligung im Zentrum Europas war eher bescheiden. In Paris demonstrierten unter dem Motto »Für Beschäftigung und Solidarität – gegen Sparmaßnahmen« ein paar tausend Menschen und der DGB-Aufruf mobilisierte gerade einmal um die 250 vor das Brandenburger Tor in Berlin. Die meisten Aktionen in vielen deutschen Städten waren nicht größer. Da war die Demonstration des Griechenland-Solidaritätskomitees Berlin mit einem linksreformistischen Spektrum mit um die 1000 TeilnehmerInnen schon der Höhepunkt.

Am 6. Mai 2012 gewann François Hollande für die reformistische Parti Socialiste (PS) mit 51,6 Prozent der Stimmen die Stichwahl der französischen Präsidentenwahl. Seit der Parlamentswahl am 17. Juni 2012 verfügt Hollande auch über Mehrheiten in beiden Kammern des Parlaments, die PS holte klar die absolute Mehrheit der Abgeordnetensitze in der ersten Parlamentskammer. Die zweite Parlamentskammer, den Senat, dominiert die PS bereits seit 2011. Nach anfänglichen Beruhigungspillen für die Basis nähert er sich der Merkelschen Sparpolitik an.

Die Weltwirtschaftskrise ist auch dieses Jahr nicht zu Ende und zerstört weiterhin das Leben von Millionen von Menschen weltweit, in Asien, Afrika und Südamerika. Auch in kapitalistischen Zentren sind die Auswirkungen für immer mehr Menschen dramatisch. Mitten in dieser Krise betrug das bundesdeutsche Exportvolumen erstmals über eine Billion Euro, das heißt über 1000 Milliarden, ein Zuwachs von 11,4 Prozent zu 2010. Die deutsche Wirtschaft, 2011 Krisengewinner, spürte jedoch schon im ersten Halbjahr 2012 die Auswirkungen der Krise in den südeuropäischen Ländern, immerhin geht die Hälfte der BRD-Exporte in den Währungsraum des Euros, vor Beginn der Krise gingen zwei Drittel in die EU. Für das verarbeitende Gewerbe lag im September 2012 der Umsatz in der Euro-Zone um 9,6 Prozent unter dem des Vorjahres. Die Sparpolitik, die von der Troika aus IWF, EZB und EU-Kommission in Südeuropa zur Zerstörung der ökonomischen Strukturen führt und in Griechenland diese praktisch vernichtete, fällt nun auch bundesdeutschen Konzernen auf die Füße.

In der BRD wird die soziale Verelendung vieler bereits seit Jahren vorangetrieben, über die Agenda 2010, über einen steigenden Niedriglohnsektor, die Ausweitung von Lohndumping, Werkverträgen und unterbezahlter Leiharbeit. Höhere Löhne, die eine soziale Teilhabe bereits heute zumindest ansatzweise ermöglichen würden, werden verweigert. Nach dem Mitte September 2012 vorgestellten Entwurf des vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung besitzen zehn Prozent der deutschen Bevölkerung 53 Prozent des deutschen Privatvermögens, die ärmere Hälfte besitzt gerade mal ein Prozent. Statt Solidarität nimmt die Hetze gegen Schwächere zu. Für SchulschwänzerInnen gibt es beispielsweise in Hamburg seit 2006 sogar Jugendarrest, wenn sie das gegen sie selbst und nicht mehr gegen die Eltern verhängte Bußgeld nicht bezahlen. Die Schulbildung hängt in Deutschland maßgeblich vom Einkommen der Eltern ab. Immer mehr StudentInnen fallen aus der Bafög-Förderung, weil die Einkommengrenzen der Eltern, die Elternfreibeträge, trotz steigender Lebenshaltungskosten und Löhne nicht angehoben werden. Statt öffentlichen Schulen und Hochschulen mehr staatliche Gelder für alle zu geben, werden Teile dieses Geldes der Konkurrenz von privaten Schulen und Hochschulen, von denen es immer mehr

gibt, in den Rachen geworfen. Statt emanzipatorischer Bildungsmöglichkeiten für alle, werden die Studiengänge an den Universitäten verschult und eingeschränkt.

In einer repräsentativen Umfrage im Februar 2012 hielten 52 Prozent der bundesdeutschen BürgerInnen (ab 16 Jahren) den Kapitalismus »in seiner derzeitigen Form« nicht für das geeignete Wirtschaftssystem für die Welt. Nur 27 Prozent der Befragten assoziierten diesen mit Freiheit, nur 5 Prozent mit Gerechtigkeit und die Mehrheit (58 Prozent) hatte den Eindruck, »der Mensch werde lediglich als Produktionsfaktor Arbeit betrachtet«. Trotzdem stellen nur 16 Prozent das Wirtschaftssystem grundsätzlich in Frage.

Die krisenbedingte Flucht des Kapitals in Immobilienwerte führt in Städten wie Hamburg, München, Berlin oder Frankfurt/Main zu steigenden Mieten, bezahlbare Sozialwohnungen gibt es dort kaum noch. Am 30. April 2012 fand in Berlin die antikapitalistische Walpurgisnacht-Demonstration unter dem Motto »Gentrifizierung, soziale Ausgrenzung und Rassismus sind ein Thema in Berlin-Wedding!« statt. Erstmals wurde die Demonstration in Berlin Wedding durchgeführt. Um die 5000 TeilnehmerInnen protestierten gegen steigende Mieten, soziale Ausgrenzung und Rassismus. Mitglieder der Ökologischen Linken Berlin und des BundessprecherInnenrates verteilten das Kampagnenflugblatt 2012 »Für einen heißen Herbst gegen das Elend, das aus Deutschland kommt«. Auch in Frankfurt am Main gab es Aktionen gegen Gentrifizierung und für die Aneignung des öffentlichen Raumes des Netzwerks »Wem gehört die Stadt«. Eine Demonstration am 31. Mai 2012 stand unter dem Motto »Wohnraum für alle«.

Das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2012 mit dem Titel »Für einen heißen Herbst gegen das Elend, das aus Deutschland kommt« wurde zum Zeitpunkt der M31-Aktionen im März 2012 in Frankfurt am Main fertiggestellt. Auf den zentralen politischen Ereignissen 2012 wurden von Aktiven der Ökologischen Linken nahezu 40.000 Stück verteilt. In dem Flugblatt werden das Ausmaß der Weltwirtschaftskrise und die dramatischen Auswirkungen der von der EU aufgezwungenen Krisenpolitik in den Ländern der Peripherie der EU mit der besonderen Rolle Deutschlands aufgezeigt. Es wird darin zur Solidarität mit denen aufgerufen, die direkt von den Auswirkungen der Krise betroffen sind, aber auch zur Vernetzung antikapitalistischen Widerstands europaweit.

Für den 31. März 2012 wurde in mehreren europäischen Ländern zum »Europäischen Aktionstag gegen den Kapitalismus – M31« aufgerufen. Der Aktionstag wurde vom sozialrevolutionären und antinationalen Krisenbündnis Frankfurt initiiert und von einem breiten Bündnis durchgeführt. ÖkoLinX-ARL und Ökologische Linke waren Teil des Bündnisses. Der Aufruf geht nicht nur von der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus aus, sondern betont, dass der Kapitalismus die Krise ist. Er ist nicht reformierbar. Ziel war eine internationale Vernetzung, insbesondere mit dem antikapitalistischen Widerstand in den Ländern der südlichen Peripherie EU-Europas. Es fanden in 40 europäischen Städten Aktionen statt, beispielsweise in Mailand kamen 10.000 Menschen zu einer Demonstration. Solidaritätsaktionen fanden auch in New York und Moskau statt. In Deutschland wurde bundesweit nach Frankfurt am Main mobilisiert. Dort fand eine Demonstration mit 6000 TeilnehmerInnen statt, deren Ziel die Stilllegung der Baustelle der Europäischen Zentralbank (EZB) war. Auf der Auftaktkundgebung betonte Jutta Ditzfurth in ihrer Rede die Notwendigkeit,

der »autoritären Entwicklung hin zu einem vollendeten, bisher einmaligen Inhumanismus«, die am Kapitalismus bereits durch »seine Brutalisierung und den Verfall bürgerlicher Demokratien in immer autoritärere Systeme« zu beobachten ist, eine »neue Antiautoritäre Internationale« entgegenzustellen. Der teilweise militante Demonstrationszug wurde auf halber Strecke von der Polizei unter Einsatz von Schlagstöcken und Pfefferspray getrennt. Dabei kesselte die Polizei ca. 500 Personen für mehrere Stunden ein – RechtsanwältInnen wurde der Kontakt zu den Einkesselten verwehrt. Insgesamt wurden mehr als 460 Menschen festgenommen, 130 Menschen wurden durch Polizeiübergriffe teilweise schwer verletzt (Knochenbrüche, Sehnenrisse, etc.). In der bürgerlichen Presse wurde ein von Pfefferspray verletzter Polizist durch die ungeprüfte Übernahme der Polizeimitteilung als in Lebensgefahr befindlich dargestellt, über die zahlreichen verletzten DemonstrantInnen wurde nicht berichtet. Die Frankfurter M31-Demonstration wird europaweit als Erfolg gewertet, auch aufgrund ihrer Militanz. Diese Militanz im Zentrum Frankfurts verhinderte jedoch das öffentlichkeitswirksame Erreichen der EZB-Baustelle, die Demonstration musste vorzeitig aufgelöst werden. Das M31-Bündnis soll nicht nur auf den 31. März 2012 reduziert werden. Vielmehr ist die Verknüpfung von lokalen Kämpfen, Krisenprotesten und einer kapitalismuskritischen Bewegung in Europa und darüber hinaus als adäquate Antwort auf die Angriffe des Kapitals auf das Leben aller anzusehen. Mitglieder der Ökologischen Linken verteilten 3000 Kampagnenflugblätter »Für einen heißen Herbst gegen das Elend, das aus Deutschland kommt« auf der Demonstration. Vom 5. bis 7. September 2012 fand in Thessaloniki eine Konferenz für direkte Demokratie statt. Dort wurde von anwesenden M31-Gruppen eine Erklärung verfasst.

Am 1. Mai 2012 fand die 25. Revolutionäre 1. Mai-Demonstration in Berlin statt. Die Demonstration am 1. Mai stand unter dem Motto »Der Druck steigt – für die soziale Revolution!«. Jutta Ditfurth hielt für die Ökologische Linke eine Rede auf der Auftaktkundgebung am Lausitzer Platz. Sie betonte: »So wie wir als unabhängige radikale Linke dafür verantwortlich sind, die faschistische deutsche Geschichte niemals aus den Augen zu lassen, so sehen wir uns dafür verantwortlich, das Elend, das heute aus Deutschland kommt, zu bekämpfen«. Vom Lausitzer Platz demonstrierten 25.000 TeilnehmerInnen vorbei am von Wasserwerfern beschützten Springer Hochhaus. Ausgerechnet am Jüdischen Museum wurde die Demonstration seitens der Polizei aufgelöst. Die Polizei verhinderte mit ihrem Angriff auf die Demonstrationsspitze, dass die Revolutionäre 1. Mai-Demonstration nach Jahren wieder durch das Regierungsviertel Berlins gehen konnte. Jutta Ditfurth wies im Zusammenhang mit dieser Provokation durch die Polizei vom Lautsprecherwagen des Revolutionären 1. Mai-Bündnisses darauf hin, dass die Polizei in der BRD in einer Tradition steht, die durch die Integration von Organisationen aus dem NS-Faschismus geprägt ist. Im Gegensatz zur bürgerlichen Pressedarstellung kam es bei der Auflösung der Demonstration zu zahlreichen verletzten DemonstrantInnen. Mitglieder der Ökologischen Linken verteilten über 6000 der Kampagnenflugblätter »Für einen heißen Herbst gegen das Elend, das aus Deutschland kommt«. Bei den Revolutionären 1. Mai-Demonstrationen in Nürnberg und Stuttgart wurden mehr als 1000 Flugblätter verteilt.

Am 5. Mai 2012 fand unter dem Titel »Für einen heißen Herbst gegen das Elend, das aus Deutschland kommt« ein öffentliches Gespräch der Ökologischen Linken im L.U.X in Berlin-Kreuzberg statt. Diskutiert wurden die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in den Ländern

der Peripherie Europas und in der BRD, über Krisenproteste sowie über die Notwendigkeit und Organisation eines linken Widerstandes.

Die geplanten Aktionstage des Blockupy-Bündnisses vom 17. bis 19. Mai 2012 gegen das Finanzsystem und den erpresserischen Sparzwang, den die Troika aus IWF, EZB und EU-Kommission in den Staaten der EU-Peripherie durchsetzt, fielen einem nahezu kompletten Demonstrations- und Versammlungsverbot in der Frankfurter Innenstadt zum Opfer, das auch mit dem Verlauf der M31-Demonstration begründet wurde. Das Bündnis von der Linkspartei bis zu einzelnen gewerkschaftlichen Gruppen und unter Beteiligung der Interventionistischen Linken (IL) sowie einzelner Gruppen des umS Ganze-Bündnisses setzte auf vielfältige Aktionsformen, mit denen eine Massenmobilisierung erreicht werden sollte. Die Proteste wurden von der Stadt Frankfurt am Main als Angriff auf das Grundrecht auf Berufsfreiheit und Eigentum gewertet, das Verwaltungsgericht Frankfurt am Main stellte die Sicherung der vollständigen Funktionsfähigkeit der Frankfurter Banken über das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit. Die Verbote wurden gerichtlich durch alle Instanzen, auch vom Bundesverfassungsgericht, bestätigt und von einer Hetze der Medien begleitet. In dieser Argumentation werden geschlossene Areale möglich, die durch staatliche Repressionsorgane gegen eine kritische Öffentlichkeit geschützt werden. Dennoch ließen sich viele von Protestaktionen nicht abhalten. Die Polizei nahm während der Tage 1500 Menschen in Gewahrsam, machte die Frankfurter Innenstadt zu einer Festung und blockierte durch ihre Präsenz selbst das Bankenviertel. Die Internationale Großdemonstration am 19. Mai 2012 war mit bis zu 25.000 TeilnehmerInnen eine der größten politischen Demonstrationen der letzten Jahre. Auch wenn reformistische Positionen wie von attac oder der Linkspartei weite Teile der Demonstration beherrschten, knüpfte der antikapitalistische Block mit bis zu 5000 TeilnehmerInnen in der Größe an die M31-Demonstration an. Für Mai 2013 kündigte das Bündnis Blockupy Frankfurt Aktionstage mit einer Demonstration und »Aktionen des zivilen Ungehorsams« an.

Das Bündnis »UmFAIRteilen – Reichtum besteuern« mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, attac, bis hin zu Grünen, SPD und der Linkspartei präsentierte sich demgegenüber weder als antikapitalistisch noch als radikal-reformerisch, sondern nur noch als schlecht reformistisches Steuerbündnis. Die Beteiligung war so dürftig wie die reformistischen Steuerforderungen. Wer will schon hinter den VerursacherInnen des größten Sozialabbaus seit 1949 von SPD und Grünen herlaufen. Die Führung der Linkspartei mit Katja Kipping und Bernd Riexinger dient sich in einer selbstmörderischen Fehleinschätzung der SPD als Mehrheitsbeschafferin für die nächste Bundestagswahl an. Und der Kanzlerkandidat Peer Steinbrück ist die ideale Besetzung für eine große Koalition.

Was in Frankfurt am Main mit den antikapitalistischen Protesten M31 am 31. März 2012 kraftvoll und mit europaweiter Vernetzung begann, verlor mit den vor allem »bankenkritischen« Protesten von Blockupy an inhaltlicher Klarheit. Aber die Demonstration mit bis zu 25.000 Menschen zeigte zumindest eindrucksvoll ein EU-kritisches und teilweise antikapitalistisches Widerstandspotenzial auf. Der bundesweite Aktionstag des Bündnisses »UmFAIRteilen – Reichtum besteuern« am 29. September 2012 war weiter nichts als der Auftakt für den Wahlkampf für Rot/Grün und Linkspartei.

Die aufgrund der Erfahrung aus dem NS-Faschismus verfassungswidrige Zusammenarbeit von Geheimdiensten, Polizei und Armee ist in drei Einsatzzentren, in Berlin das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) (2004) und das Gemeinsame Internet-Zentrum (GIZ) (2007) sowie das Cyber-Abwehrzentrum in Bonn (2011) unter Federführung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) längst institutionalisiert. Das GTAZ stand Pate für das im Dezember 2011 eröffnete Gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus (GAR). Beide wurden unter Führung des Bundeskriminalamtes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz inzwischen im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) zusammengefasst und »vorsorglich« um die Bereiche Linksextremismus, Ausländerextremismus und Spionage ergänzt. Auch wenn sich daran derzeit noch sechs SPD-regierte Bundesländer nicht beteiligen wollen, soll die sogenannte Informations- und Kommunikationsplattform schon von den beteiligten Bundesbehörden und von EUROPOL genutzt werden. Bundesverfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen bestätigte im Rahmen der Eröffnung des GETZ am 15. November 2012 in Köln, »dass Polizei und Nachrichtendienste in allen Feldern enger zusammenarbeiten müssen«.

Die millionenfachen Abfragen von Verbindungsdatensätzen von Mobiltelefonen und die Anwendung von stillen SMS zur Ortung von Handys bei den Anti-Nazi-Aktionen 2011 in Dresden durch Polizei und Justiz kümmern sich nicht um die gesetzliche Grundlage, die solche Abfragen und Auswertungen von Handyverbindungsdaten nur bei »schwersten Straftaten wie solchen gegen Leib und Leben oder die sexuelle Selbstbestimmung« vorsieht. AnruferInnen, Angerufene, Standort der GesprächsteilnehmerInnen sowie Dauer und Zeitpunkt der Gespräche wurden erfasst. Weitergehende Datenabfragen zu PIN-Codes oder dynamischen IP-Adressen hatte im Februar 2012 das Bundesverfassungsgericht untersagt, bis eine Konkretisierung der Voraussetzungen, unter denen die Polizei diese gespeicherten Daten abfragen und auswerten darf, vorliegt. Konzerne wie Nokia Siemens Networks und deutsches Kapital, die die entsprechende Überwachungstechnik entwickeln, verkaufen diese in die ganze Welt, auch an autoritäre Regime wie Libyen, Syrien, Bahrain, Iran oder Dubai. Die Bundesregierung sichert das mit Exportbürgschaften ab.

Ende 2011 wurde vom ChaosComputerClub ein staatlicher Daten-Trojaner zur illegalen Online-Durchsuchung von Computerfestplatten aufgedeckt, als er vom Bundeskriminalamt getestet wurde. Das lückenhafte Programm war von einer vom BKA beauftragten privaten Firma entwickelt worden. Nach dem Aufdecken der Mängel ihres Produktes übernimmt das Bundeskriminalamt selbst die Entwicklung eines staatlichen Datentrojaners im eigenen Kompetenzzentrum Informationstechnische Überwachung (CC ITÜ).

Nach der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung zur Verfassungswidrigkeit der Sicherheitsverwahrung vom Mai 2011 soll bis Mai 2013 eine Neuregelung erfolgen. In der von Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger bereits mit den Ländern abgestimmten Neuregelung der Sicherheitsverwahrung, deren historische Wurzel in der menschenverachtenden NS-Praxis liegt, wird aus der Sicherheitsverwahrung nun die »therapieorientierte Sicherheitsverwahrung«, die lediglich die vom Bundesverfassungsgericht angemahnten Therapieangebote vorsieht. Die Länder wollen darüber hinaus auch die nachträglich angeordnete Sicherungsverwahrung unter neuem Namen verschärft wieder einführen. Sogar aus der Haft Entlassene sollen wieder eingesperrt werden können. Nach

der Übertragung des Versammlungsrechtes vom Bund auf die Länder 2006 arbeiten diese eifrig daran, wer die weitestgehende Einschränkung in seinem Versammlungsgesetz verankert. Die Perfektionierung des staatlichen Repressionsapparates bis hin zur gewollten de facto-Aufhebung des uneingeschränkten Versammlungsrechtes ist das Ziel, egal was im Grundgesetz steht. In Sachsen reichten SPD, Grüne und die Linke eine Normenkontrollklage gegen das im Januar 2012 beschlossene Versammlungsgesetz beim Sächsischen Verfassungsgerichtshof ein.

Das EU-Forschungsprojekt INDECT steht für »Intelligent information system supporting observation, searching and detection for security of citizens in urban environment«, auf deutsch »Intelligentes Informationssystem, das Überwachung, Suche und Entdeckung für die Sicherheit von Bürgern in einer städtischen Umgebung unterstützt«. Es geht ums Aufspüren von sogenanntem abnormalen Verhalten angeblich zur Verhinderung von Straftaten. Automatisierte Suchergebnisse aus sozialen Netzwerken oder Spielplattformen des Internets sollen nicht nur mit anderen Datenbanken verknüpft werden, sondern auch mit mobilen städtischen Überwachungssystemen (Mobile Urban Observation Systems, auch Drohnen genannt) wie fliegenden Kameras (Unmanned Aerial Vehicles, UAV), die Personen oder Objekte scannen können, um diese dann mit anderen Datenquellen abgleichen zu können. Am zweiten europaweiten Aktionstag am 20. Oktober 2012 gegen INDECT und die anlasslose Komplettüberwachung gab es in der BRD kleinere Aktionen und Demonstrationen in vielen Städten. Der Protest wurde von Anonymous-Gruppen und der Initiative Freiheit statt Angst getragen und die Piraten waren auch dabei.

2011 leitete die Generalbundesanwaltschaft 145 Ermittlungsverfahren nach §129b StGB »Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland« gegen 156 Beschuldigte neu ein wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland oder wegen Unterstützung bzw. Werbung für eine solche. Auch Mitglieder, UnterstützerInnen oder WerberInnen für eine Nationale Befreiungsbewegung können nach diesem Paragraphen angeklagt werden, wenn sie als terroristisch erklärt wird. Hier dient als rechtliche Grundlage die sogenannte EU-Antiterrorliste, auf der die EU-Kommission Gruppen als terroristische Vereinigungen führt. Die EU definiert, ernennt und erfindet mit dieser Liste TerroristInnen. In der BRD ist diese Liste zum Beispiel Grundlage für Repression gegen linke MigrantInnen aus der Türkei.

Ende 2011 konnte für Mumia Abu-Jamal die Todesstrafe abgewendet werden. Die US-amerikanische Justiz versucht nun, ihn lebenslang hinter Gittern zu halten und die Wiederaufnahme des Verfahrens zu verhindern. Der Kampf um die Abschaffung der Todesstrafe weltweit geht weiter! Alle politischen Gefangenen weltweit müssen freigelassen werden.

Am 4. Juli 2012 hat das EU-Parlament das Anti-Counterfeiting Trade Agreement, das Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen, kurz ACTA, aufgegeben und die EU-Kommission beauftragt, eine neue Lösung für den Urnehmerschutz und gegen Produktpiraterie zu entwickeln. Europaweit hatte es davor massive Proteste insbesondere gegen Zensurmöglichkeiten des Staates oder die Überwachung des Internets durch private Konzerne gegeben.

Die Überwachungshysterie des Staates wird auch durch die massenhafte und gezielte Erhebung von Daten auf unterster Ebene, des einzelnen Menschen, gefüttert. Aus Profitinteresse werden BürgerInnen von den Konzernen durchleuchtet. In den USA, in Kanada, Italien und Schweden sind intelligente Stromzähler bei privaten Haushalten im Einsatz. Die sogenannten »Smart Meter« übertragen Daten, ermöglichen eine Fernabschaltung und die Begrenzung der maximalen Leistung. Aus den Verbrauchsmustern lassen sich individuelle Verhaltensgewohnheiten der NutzerInnen ableiten bis hin zur Wahl des Fernsehsenders oder was gekocht wird. Österreich will die Zähler jetzt zwangsweise einführen, Einbau und Betriebskosten soll von den VerbraucherInnen gezahlt werden.

In der BRD sollen bis Ende 2012 rund 50 Millionen Versicherte der gesetzlichen Krankenkassen eine elektronische Gesundheitskarte erhalten. Ziel der Einführung ist die digitale und zentrale Speicherung sämtlicher PatientInnendaten auf Internetservern der Krankenkassen, an die alle Arztpraxen online angeschlossen werden sollen. In Österreich ist das System bereits in Betrieb, dort müssen Ärzte bei einer Krankschreibung auf die elektronische Zustimmung der jeweiligen Krankenkasse warten.

Die generelle Zurichtung des Gesundheitswesens im Profitinteresse des Kapitals gilt auch für andere Bereiche. In der Transplantationsmedizin geht es um lukrative Aufträge bzw. Operationen und möglichst hohe Profite. Menschen, die noch leben, werden legal getötet, damit die, die von AkteurInnen wie Kliniken und ÄrztInnen für die eigenen Interessen ausgesucht werden, leben können. Wie die Skandale 2012 zeigten, werden PatientInnendaten gefälscht, um rechtliche Beschränkungen in der Vergabe der Organe zu unterlaufen und PrivatpatientInnen zu bevorzugen oder Transplantationen an PatientInnen durchzuführen, für deren Gesundheitszustand dies nicht zugelassen ist. Um an für Transplantationen brauchbare Organe zu kommen, wurden durch den Medizinbetrieb für diese kapitalistische Geschäftemacherei Konstruktionen des menschlichen Todes wie der sogenannte Hirntod oder der Herzstillstand durchgesetzt. Mit der am Zusammenbruch der Lebensfunktionen orientierten Todesfeststellung eines Menschen hat das nichts zu tun. Nach den ersten gelungenen Herztransplantationen in den 1960er Jahren wurde die Konstruktion des Hirntods entwickelt, bei der sich PatientInnen in einem Koma ohne Hirnfunktionen befinden bei eigenständigem oder künstlich erhaltenem Kreislauf. In den USA wird von einzelnen MedizinerInnen beim Hirntod offen von »gerechtfertigter Tötung« gesprochen, in Einzelfällen wurde ein eigenständiger Kreislauf noch 14 Jahre nach einer Hirntoddiagnose festgestellt. In vielen Ländern weltweit wird inzwischen der Herzstillstand als Basis für die Todesfeststellung genutzt. Heute werden im Schnitt zwei bis fünf Minuten nach dessen Feststellung Organe entnommen, obwohl nachgewiesen wurde, dass die Hälfte der nach einem Herzstillstand in einem Zeitraum zwischen 5 und 20 Minuten erfolgreich reanimierten PatientInnen mit voller Hirnfunktion aufwacht. Die kürzeste bekannte Organentnahmezeit betrug 1 Minute 15 Sekunden nach dem Herzstillstand. In der Bundesrepublik werben als LobbyvertreterInnen die Deutsche Stiftung Organspende (DSO) und die Deutsche Transplantationsgesellschaft (DTG) dafür, dass der Herzstillstand als Todesdiagnose auch in Deutschland eingeführt wird. 2012 trat das novellierte Transplantationsgesetz in Kraft, das am Hirntod als Voraussetzung für die Organentnahme festhält und im Wesen aber das Ziel verfolgt, mehr Menschen als potenzielle OrganspenderInnen zu gewinnen. Achtung: Die

Transplantationsregeln eines Landes gelten auch für TouristInnen. Wer nicht gerne einem »justified killing« zum Opfer fallen möchte, sollte einen Widerspruch schriftlich formulieren, in die Landessprache übersetzen und bei sich tragen.

Auf dem NATO-Gipfel in Chicago im Mai 2012 wurden die Ziele der NATO, wie die Effizienzsteigerung oder multinationale Aufrüstungsvorhaben wie das Bodenaufklärungssystem AGS (Alliance Ground Surveillance) weiter festgeschrieben. Die Staats- und Regierungschefs der 28 Bündnismitglieder nahmen außerdem die erste Stufe eines neuen Raketenschildes in Betrieb. Erstmals in der Geschichte der NATO verfügt das weltweit größte Militärbündnis über eine eigene Raketenabwehr. Die erste Stufe umfasst eine Radarstation im Südosten der Türkei, US-Militärschiffe mit Raketenabwehr im spanischen Rota und die Kommandozentrale in Ramstein wird in Angriff genommen. Weiter geht es mit US-Abfangraketen in Rumänien und 2018 in Polen. 2020 soll der Schild vollständig sein und dann Raketen aller Art in der Luft abfangen können. Russland drohte bereits mit der Stationierung von Raketen in Kaliningrad gegen Einrichtungen des Raketenabwehrsystems.

Für die militärische Nutzung wird das EU-Programm zur Satellitenaufklärung Global monitoring of environment and security (GMES) umgesetzt. Es dient der Vernetzung von bildhochauflösenden Radarsatelliten mit dem europäischen Satellitenpositionierungsdienst Galileo und boden- und seegestützten Radarsystemen für die Aufklärung. Bereits vorhandene Aufklärungskapazitäten mit Flugzeugen oder Drohnen der EU-Mitgliedstaaten werden auch integriert. Daten aus dem All verarbeitet unter anderem das EU-Satellitenzentrum (EUSC) im spanischen Torrejón, durch das bereits die Kriegseinsätze gegen Libyen unterstützt wurden.

Von den schätzungsweise 180 bis 200 US-Atombomben in Europa lagern in Deutschland bis zu 20 US-Atombomben am Stützpunkt Büchel (Rheinland-Pfalz), die mit vier Milliarden Dollar zu lenkfähigen Systemen modernisiert werden, Tornado-Kampfflugzeuge der Bundeswehr als Trägersystem werden mit 250 Millionen Euro bis mindestens 2024 einsatzfähig gehalten.

2010 lag Deutschland bei den Rüstungsexporten weltweit an dritter Stelle. Nachdem 2011 der Export von Panzern an die Diktatur Saudi-Arabien genehmigt wurde, wartet nun das Emirat Katar auf die Zustimmung der Bundesregierung zu einer Lieferung von 200 Leopard-Panzern. Nach Verteidigungsminister Thomas de Maizière gibt es weltweit »prinzipiell keine Regionen, in denen Deutschland nichts zu suchen habe«. Mehr moderne Waffensysteme soll es daher auch für die Bundeswehr geben, zum Beispiel Drohnen. Die Bundeswehr verfügte 2012 bereits über 330 Drohnen unterschiedlicher Größe für Spionage- und Aufklärungsarbeit. Ungefähr 70 Drohnen setzt Deutschland beim Afghanistan-Krieg ein. Für dort wurden auch Drohnen mit größerer Reichweite von einer israelischen Firma geleast. 2012 kamen die ersten Langstreckendrohnen hinzu. Drohnen sind auch für Einsätze in Ballungsräumen geeignet. Die BRD beteiligt sich mit 12 weiteren NATO-Staaten an der milliardenteuren Aufrüstung der NATO mit fünf Global-Hawk-Drohnen des US-Rüstungskonzerns Northrop Grumman für den NATO-Stützpunkt Sigonella auf Sizilien. Die Bundeswehr will nicht nur mehr, sondern auch bewaffnete Drohnen. Mit dem Einsatz von Drohnen werden Exekutionseinsätze auf fremden Territorien und der Bruch nationaler Grenzen ohne

Kriegserklärung möglich. Im Inland sind sie Teil einer möglichen totalen Überwachung.

Um möglichst realistisch für Kampf- und Kriegseinsätze anderswo üben zu können, entsteht auf dem Truppenübungsplatz Altmark in der Colbitz-Letzinger Heide für 100 Millionen Euro eine komplette Geisterstadt, am 2. November 2012 war Baubeginn. Ein antimilitaristisches Aktionscamp unter dem Motto »War starts here« sowie Protestaktionen wurden durch Verbotsverfügungen und mit einer Bannmeile rund um den Truppenübungsplatz drangsaliert.

Der Atalanta-Einsatzes der EU vor Somalia wurde auf einen 2 km breiten Küstenstreifen des Landes ausgeweitet. Aus der Luft werden seit Mai 2012 bis zu einer Landtiefe von zwei Kilometern vermeintliche Piraten und deren Infrastruktur angegriffen. Im Mai 2012 erfolgte der erste Angriff europäischer Streitkräfte gegen Materiallager somalischer Piraten an Land. Nach Außenminister Guido Westerwelle werde »kein deutscher, kein europäischer Atalanta-Soldat somalischen Boden betreten«. Am 10. Mai 2012 stimmte der Deutsche Bundestag der Verlängerung und Ausweitung des Einsatzes bis Mai 2013 und dem völkerrechtswidrigen Bruch nationaler Grenzen mit der Regierungsmehrheit von CDU/CSU/FDP zu. Während SPD und Linkspartei nahezu geschlossen dagegen stimmten, enthielten sich die Grünen lediglich, nur acht Abgeordnete der Grünen stimmten dagegen.

Der Bundestag hat den Einsatz der von der Türkei angeforderten Patriot-Abwehrraketen im Grenzgebiet der Türkei zu Syrien beschlossen. Damit wird die Bundesrepublik Kriegspartei im Krieg in Syrien. Bis zu 400 SoldatInnen werden in der Türkei stationiert.

Der Große Senat des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG), die Vollversammlung aller 16 VerfassungsrichterInnen, hat in einer Entscheidung vom 3. Juli 2012 erstmals und entgegen früherer Entscheidungen festgestellt, dass das Grundgesetz schon heute zur Abwehr schwerer Unglücksfälle militärische Amtshilfe erlaube, also »spezifisch militärische Waffen« eingesetzt werden können. Anlass der Entscheidung waren die Klagen der Länder im Zusammenhang mit dem 2005 beschlossenen rot-grünen Luftsicherheitsgesetz. Das Gesetz erlaubte der Bundeswehr, ein von Terroristen entführtes Flugzeug auch abzuschießen. Das war 2006 vom 1. Senat des BVerfG wegen des Verstoßes gegen die Menschenwürde für verfassungswidrig erklärt worden. In dem aktuellen Urteil wurden zwar Einschränkungen formuliert, aber in der Praxis werden diese keine Rolle spielen. Demonstrationen sollen ausdrücklich nicht als sogenannter schwerer Unglücksfall eingestuft werden, die Anordnung zum Einsatz muss durch die Bundesregierung, nicht nur durch den/die VerteidigungsministerIn, erfolgen und die »Mittel der Streitkräfte in ihrem Droh- und Einschüchterungspotenzial« dürfen nicht zur Einschüchterung genutzt werden, wie zum Beispiel die angebliche technische Amtshilfe der Bundeswehr bei den Antigipfelprotesten 2007 in Heiligendamm auch eingestuft werden könnte.

Währenddessen versucht die Bundeswehr mit einem Millionenetat für Werbung und Veranstaltungen ihren mörderischen Charakter zu verschleiern und das Image aufzumöbeln. Im September 2012 wurden Jugendliche in einem Videoclip der Bundeswehr auf der Webseite der Jugendzeitschrift BRAVO aufgefordert, sich für »Adventure Camps« auf Sardinien oder in den Bergen zu bewerben. Das Soldatsein wird zum Abenteuerurlaub. Nach wie vor treibt sich die Bundeswehr an Schulen herum, gestützt von Kooperations-

vereinbarungen mit den Bundesländern. Inzwischen wehren sich Eltern und SchülerInnen gegen die Veranstaltungen an Schulen, an zahlreichen Universitäten gab es Aktionen zur Einführung von sogenannten Zivilklauseln. Der baden-württembergische, grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann stellte dagegen klar, dass Rot/Grün »ohne jede Abstriche« zur deutschen Armee stünde und es »keinerlei Grund« gäbe, »dass wir die Bundeswehr irgendwie verstecken müssen«.

Am 17. Februar 2012 trat Christian Wulff als Bundespräsident zurück. Die Bundesversammlung wählte den gemeinsamen Kandidaten von CDU/SPD/FDP und Grünen Joachim Gauck am 18. März 2012 im ersten Wahlgang zum Bundespräsidenten. Als Verfechter der Totalitarismustheorie relativiert er die Verbrechen des NS-Faschismus. Zur Kurzeinschätzung ein Zitat aus der Stellungnahme von Jutta Ditfurth vom 20./21. Februar 2012: »Gaucks neoliberales Verständnis von Freiheit als Freiheit des Bourgeois schließt soziale Menschenrechte aus. Von sozialer Gleichheit als Bedingung wirklicher Freiheit versteht er nichts. Mit der Agenda 2010 und ihren brutalen Folgen ist er sehr einverstanden, für die Betroffenen und ihre Proteste hat er stets nur Verachtung. Kritik am Kapitalismus findet Gauck lächerlich. Die Entscheidung zur Begrenzung der Laufzeit von AKWs gefühlsduselig.«

Umweltminister Norbert Röttgen wurde im Mai 2012 nach dem CDU-Wahldesaster bei den Landtagswahlen in NRW von Merkel gefeuert und durch Peter Altmaier ersetzt. Angeblich hat er die sogenannte Energiewende nicht vorangebracht. Das sehen die von Energiekosten befreiten Konzerne und die Betreiber der bundesdeutschen AKWs anders. Über Energie-subventionen konnten deutsche Konzerne 2012 9,2 Milliarden Euro Extraprofite einfahren, höhere Strompreise und sogenannte Umlagen für Netzentgelte zahlen dadurch alle anderen VerbraucherInnen. Die AKW-Betreiber klagen und fordern Schadensersatz von insgesamt 15 Milliarden Euro für den angeblichen Wertverlust ihrer mörderischen Anlagen und eine Entschädigung für Investitionen, die nun angeblich keinen ausreichenden Profit mehr bringen. Während AKWs in der BRD abgeschaltet werden sollen, wird tödliche deutsche Atomtechnik weiterhin ins Ausland exportiert und das deutsche Atomkapital zum Beispiel durch Hermesbürgschaften vom Staat subventioniert. Die Hypo-Vereinsbank erklärte nach der Atomkatastrophe von Fukushima im März 2011 keine Atomkraftwerke mehr zu finanzieren und keine Kredite mehr an die daran beteiligten Konzerne zu geben. Jetzt wurde bekannt, dass die Bank unter anderem den Ausbau des AKW Temelin in Tschechien mitfinanziert.

Noch immer wird mit der angeblichen Neuauflage der Endlagersuche für radioaktiven Müll der AKWs in der BRD suggeriert, dass es ein solches überhaupt geben kann und irgendwo der tödlich strahlende Müll die nächsten Jahrmillionen vor sich hin strahlen kann, ohne für Mensch und Natur eine tödliche Gefahr zu sein. Dabei spielen die einen auf Zeit, andere wie die Grünen wollen sich als die Kämpfer gegen den Standort Gorleben und für woanders zumindest bis zur nächsten Bundestagswahl ins Zeug werfen.

Im Atommülllager Asse wurde radioaktiver Abfall »endgelagert«. Eine weitere Verseuchung des Bodens und des Grundwassers durch die inzwischen maroden Fässer könnte nur durch die sofortige Räumung verhindert werden, die aber kostet viel Geld und wird, wo immer es

geht, verzögert, Wasser und Boden sind dabei scheißegal. Ohne die Castor-Transporte ins Wendland waren 2012 die Aktionen des Anti-Atom-Widerstandes klein und dezentral. Aktionen gab es gegen die Transporte von plutoniumhaltigen Mischoxydstäben (MOX-Brennstäbe) aus der Wiederaufbereitungsanlage in Sellafield ins AKW nach Grohnde. Einige in der Anti-AKW-Bewegung hoffen, den Widerstand gegen die MOX-Transporte zu einem Kristallisationspunkt ausbauen zu können. Vom 26. bis 28. Oktober 2012 fand in Berlin die Anti-AKW-Herbstkonferenz mit einem Schwerpunkt Osteuropa statt.

Nachdem in Japan im Mai 2012 das letzte japanische AKW vom Netz ging und alle japanischen AKWs abgeschaltet waren, wurden im Juli 2012 zwei Blöcke des Atomkraftwerks Oi wieder hochgefahren. Dagegen gab es sichtbare Proteste vor den Toren der Anlage. In Tokio fanden wiederholt Anti-AKW-Demonstrationen und -Aktionen mit Tausenden von TeilnehmerInnen statt, zu einer Demonstration im Juli 2012 kamen 170.000 Menschen. Seit Ende Juli 2012 ist der Staat über staatliche Fonds Mehrheitseigner an Tepco. Der Energiekonzern trägt als Betreiber des AKWs in Fukushima die Kosten des Reaktorunglücks, Entschädigungen für mehr als 1,5 Millionen Menschen und die Folgekosten der zerstörten AKWs. Die Kosten der Katastrophe werden so sozialisiert. Währenddessen verteilt sich die in Fukushima freigesetzte Radioaktivität über den Pazifik. Ein Teppich mit geschätzten 20 Millionen Tonnen verstrahltem Müll treibt über das Meer, erste verstrahlte Gegenstände wurden bereits in Alaska und Kanada an Land gespült. Nach der Atomkatastrophe in Fukushima war die höchste Strahlenbelastung in den USA in Zentral- und Südkalifornien gemessen worden. Meeresalgen in Südkalifornien hatten eine 500 Prozent höhere Belastung mit strahlendem Jod-131. Im Regenwasser und der Luft von Los Angeles bis nach Boston an der Ostküste wurden seit März 2011 durch Luftschichten transportierte Radionuklide gemessen. Auch verstrahlte Thunfische wurden vor der kalifornischen Küste bereits gefangen. Das verstrahlte Wasser hat sich mit den Meeresströmungen über den Pazifik in Richtung der Hawaii-Inseln und der nord-amerikanischen Küste ausgebreitet, radioaktives Cäsium verseucht inzwischen fast den halben Nordpazifik und in Japan wird ein AKW nach dem anderen wieder ans Netz gehen.

Der Widerstand gegen S21, den Umbau des Stuttgarter Kopfbahnhofes in einen unterirdischen Durchgangsbahnhof, erstarrte im Ritual der Montagsdemonstrationen. Im Februar 2012 konnte die Räumung des Schlossgartens und die Fällung von 180 Bäumen im Stuttgarter Schlosspark nicht verhindert werden, die wenigen, die dem Aufruf der Parkschützer gefolgt waren, konnten den tausenden Polizisten nichts entgegensetzen. Von kleineren Aktionen wie der kurzzeitigen Besetzung des Südflügels im März 2012 ging keine mobilisierende Wirkung aus, große Teile des Widerstandes sahen sogar in der Wahl des Grünen Fritz Kuhn zum Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart am 21. Oktober 2012 eine Perspektive zur Verhinderung des Projekts. Der Widerstand gegen S21 schaffte es nicht, über gewaltfreie wie militante Aktionsformen eine über das Projekt S21 hinausgehende Perspektive zu entwickeln, die die Macht der Herrschenden in Frage hätte stellen können. So sind Kämpfe nicht zu gewinnen. Auch die Diskussion einer Podiumsveranstaltung, unter anderem mit Jutta Dittfurth, zur kritischen Bestandsaufnahme des Widerstands zu Stuttgart 21 am 12. März 2012 in Stuttgart kam zu diesem Ergebnis, aber auch das blieb ohne Konsequenzen.

Die Montagsdemonstrationen gegen den Betrieb der Nord-West-Landebahn des Flughafens Frankfurt am Main begannen erst nachdem mit der Inbetriebnahme der Landebahn vollendete Tatsachen geschaffen waren und die Menschen dem krankmachenden Lärm und weiterer Luftvergiftung ausgesetzt waren. Der Widerstand gegen die Nord-West-Landebahn entstand aber auch aus dem Interesse einer bürgerlichen Besitzstandswahrung. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte im April 2012 nur das Nachtflugverbot für den Frankfurter Flughafen zwischen 23.00 Uhr und 5.00 Uhr, mit einigen Ausnahmen für Nachtflüge. Ohne eine Radikalisierung wird auch dieser Widerstand keine Chance für substantielle Veränderungen haben. ÖkoLinX-ARL im Frankfurter Römer forderte die Stilllegung der Nord-West-Landebahn, ein Nachtflugverbot von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr ohne Ausnahmen und generell lärmbegrenzende Maßnahmen.

Die zweite UN-Weltklimakonferenz in Rio de Janeiro unter dem Motto »Die Zukunft, die wir wollen« vom 20. bis 22. Juni 2012 wurde zum »Schauplatz der globalen Unverbindlichkeit«. Die UN-Klimakonferenz in Durban Ende 2011 war hierzu das Schaulaufen. Dort wurde beschlossen, verschiedene sogenannte »Ad hoc-Arbeitsgruppen« einzusetzen und zunächst bis zur nächsten UN-Klimakonferenz Ende 2012 in Katar abzuwarten, wer unter welchen Zusagen dann das Kyoto-Protokoll, das 2012 ausläuft, bis 2017 verlängern würde. Ernsthaftige Bemühungen, die Klimakatastrophe abzumildern, wird es gegen die Interessen des jeweils heimischen Kapitals nicht geben. Die Klimakatastrophe wird genutzt, imperialistischen Zielen nachzugehen. Die EU hatte bereits 2008 ihre geostrategischen Ziele in der Arktis formuliert.

Während also der Meeresspiegel steigt und tiefliegenden Inselstaaten und Küstenregionen der buchstäbliche Untergang droht, bringen sich die kapitalistischen Zentren im Run auf Bodenschätze der Arktis wie Erdöl, Erdgas, Kohle und Fischbestände in Stellung. Führende deutsche Konzerne gründeten im Januar 2012 unter Beteiligung von zum Beispiel BASF, Bayer, Daimler, ThyssenKrupp und anderen die Allianz zur Rohstoffsicherung (ARS), um eigene Rohstoffraubzüge organisieren zu können. Auch bisher relativ geschützte Naturregionen werden zerstört durch die Ausbeutung der Rohstoffe, Überfischung, Verschmutzung und Unfälle, mehr Schiffsverkehr.

In Südamerika und Afrika geht es neben der Plünderung der Rohstoffe durch Staat und Kapital gegen den Widerstand der indigenen Bevölkerung auch um das sogenannte Landgrabbing. Seit April 2012 sammelt die Datenbank »Landmatrix« Daten zum Ausmaß des Landgrabblings, also der Verpachtung oder des Verkaufs von Land an ausländische Konzerne, Einzelpersonen oder andere Staaten. Demnach sind inzwischen mindestens 49 Millionen Hektar Land von diesen gekauft oder gepachtet, andere Schätzungen gehen von bis zu 200 Millionen Hektar Land aus. Auch deutsche Konzerne wie die Allianz und die Deutsche Bank sind beteiligt. Die produzierten Lebensmittel sind für den Export bestimmt und verschärfen den Hunger vor Ort. Sie zerstören nicht nur Ökosysteme, sie vernichten auch gemeinschaftlich genutzte Flächen der Dorfgemeinschaften, schwächen die regionalen KleinbäuerInnen und tragen so zum Hunger in den betroffenen Ländern bei.

Die Erzeugung von Biosprit ist eine Errungenschaft des Kapitals, um wirkliche Veränderungen im Energiesektor aufzuhalten, mit katastrophalen Folgen für die Natur und den vom Raubbau betroffenen Menschen. Mit der voranschreitenden Tropenwaldvernichtung

werden die Prozesse der Klimaerwärmung angeheizt, weniger Tropenwald bedeutet weniger Regen und damit die fortschreitende Versteppung in anderen Regionen. In Brasilien wird der Cerrado, das artenreichste Savannen-Ökosystem der Welt, durch riesige Monokulturflächen mit Soja und Mais weiter zerstört. Bis heute wurden bereits über 57 Prozent der über zwei Millionen Quadratkilometer großen Fläche für den Anbau von großflächigen Sojamonokulturen und überwiegend für die Biospritproduktion angelegten Maismonokulturen zerstört.

In den USA und Südamerika wird auf riesigen Flächen Genmais und Gensoja angebaut, in Südamerika werden für Soja-Monokulturen weiter tropische Regenwälder gerodet. Überall, wo gentechnisch veränderte Pflanzen schon Jahre angebaut werden, nimmt der Einsatz von Herbiziden wegen resistenter Wildkräuter dramatisch zu. Noch immer wirbt die Gentech-Lobby mit der Lüge, dass die Resistenz von Gentechpflanzen gegen Pestizide auch zu einer Reduzierung der einzusetzenden Pestizide führt. Inzwischen müssen in den USA Pestizide wie das Pflanzengift Glyphosat in noch höheren Mengen als bei konventionellen Pflanzen eingesetzt werden. Mit dem Saatgut verkaufen Agrochemiekonzerne wie Monsanto auch die Herbizide mit, sie verdienen an der Entwicklung also doppelt. Glyphosat wird auch in der konventionellen Landwirtschaft gegen unerwünschte Pflanzen eingesetzt. Das Gift gelangt in die Nahrungskette und steht mittlerweile im Verdacht, das Erbgut von Mensch und Tier zu schädigen. Die darüber hinaus eingesetzten Herbizide werden immer giftiger. Dazu gehören auch Bestandteile des Pflanzengiftes Agent Orange, das im Vietnamkrieg eingesetzt wurde und dort noch heute beispielsweise zu schwersten Missbildungen bei Kindern führt.

Gegen den großflächigen Einsatz von gentechnisch manipulierten Pflanzen ist der Widerstand in Europa noch am größten. Aber der Druck auf die EU-Kommission nimmt zu. Zukünftig soll auch für Lebensmittel der Grenzwert für nicht in der EU zugelassene gentechnisch manipulierte Organismen von Null auf 0,1 Prozent angehoben werden. Dieser Grenzwert wurde für Futtermittel in der EU erst 2011 eingeführt. Im September 2012 wurde eine Studie veröffentlicht, die nachweist, dass Ratten, die mit gentechnisch manipuliertem Mais gefüttert wurden, früher sterben und öfter krank werden. In Deutschland kämpfen kleinere Gruppen seit Jahren gegen den Anbau gentechnisch manipulierter Pflanzen und zerstören Felder, auf denen gentechnisch manipulierte Pflanzen angebaut sind. 2012 wurden nur noch für Sachsen-Anhalt drei Standorte im Freiland zu Versuchszwecken im Standortregister geführt.

Der Umsatz im kapitalistischen Zentrum EU-Europa mit Produkten und Anwendungen aus den Bereichen der Mikro- und Nanoelektronik, Nanotechnologie, Photonik, Materialwissenschaften, der industriellen Biotechnologie und als fortschrittlich bezeichneter Fertigungstechnologien, also der sogenannten Key Enabling Technologies (KET), soll bis 2015 auf über eine Billion Euro steigen. Bei einer Vielzahl von Produkten werden Nanoteilchen verarbeitet. In den USA sind zurzeit über 1300 Produkte mit Nanopartikeln für den Konsum auf dem Markt – von Sonnencremes über keimhemmende Socken bis hin zu wasser- und schmutzabweisenden Oberflächen. ForscherInnen einer US-amerikanischen Universität wiesen nun nach, wie Zellen auf Kohlenstoff-Nanoröhrchen reagieren. Die menschliche Zelle versucht diese einzubauen, kann es aber nicht. Dadurch wirken die Kohlenstoff-Nanoröhrchen ähnlich wie Asbestfasern und können auch Krebs auslösen.

Geforscht wird derzeit an Nanopestiziden, die dann großflächig in der Landwirtschaft versprüht werden. Hier werden Wirkstoffe in extrem kleine Kügelchen verpackt oder auch an Nanopartikel angehängt. Sie wirken wegen ihrer viel größeren Oberfläche länger und intensiver als herkömmliche Pestizide und verteilen sich auch anders als herkömmliche Stoffe in der Natur. Trotz der bereits jetzt erwiesenen Gefährlichkeit vieler Nanopartikel wird im Profitinteresse der Konzerne ihr Einsatz nicht gestoppt. Staaten wie die BRD unterstützen die Produktforschung mit Millionen, während die systematische Erforschung der Gefährlichkeit leer ausgeht. In der EU gilt angeblich ab Juli 2013 die Meldepflicht und Kennzeichnungspflicht von Nanomaterialien bei Kosmetika, ab 2014 auch für technisch hergestellte Nano-Zutaten in Lebensmitteln. Tatsächlich haben die LobbyistInnen für viele Ausnahmeregelungen und schwammige Definitionen in den in der EU eingeführten Verordnungen gesorgt.

In dem sogenannten EU-Flagschiff-Projekt »Guardian Angels for a smarter Life« arbeiten ForscherInnen führender europäischer Konzerne unter Leitung der ETH Zürich an winzigen, energieautarken Sensoren bis hin zu selbstversorgenden Netzwerken bei denen Nanomaterialien und Nanosensoren eine zentrale Rolle spielen. Auf der projekteigenen Webseite werden 10 bis 15 Jahre Entwicklungszeit dafür veranschlagt. Ziel ist die Entwicklung einer neuartigen Technologie, die mit geringster Leistung auskommt, sogenannter Zero-Power-Systeme. Einsatzbereiche sind die Überwachung physiologischer Funktionen, aber die Sensoren können auch emotionale Zustände oder Augen- und Körperbewegungen erfassen, die zum Beispiel Rückschlüsse auf die Wachheit geben. In Zukunft könnten Maschinen durch Gedanken gesteuert werden, indem Nanosensoren direkt im Gehirn die Gehirnströme erfassen. Die damit einhergehenden gesundheitlichen Schädigungen bzw. die mögliche Fremdsteuerung, Manipulation und Überwachung werden ignoriert.

Auf der Rosa Luxemburg Konferenz am 14. Januar 2012 argumentierte Jutta Ditfurth auf dem Podium mit dem Titel »Sozialismus oder Barbarei – welche Rolle spielt Die Linke« unter Anderem gegen die Zurichtung des linksradikalen Widerstandes durch reformistische Parteien wie der Linkspartei und kündigte Aktionen zu M31 an. Mitglieder der Ökologischen Linken verteilten neben anderen Flugblättern das Kampagnenflugblatt 2011 »Hirofukushima, das Kapital und die Repression«. Jutta Ditfurth begründet in der Neuerscheinung ihres Buches »Zeit des Zornes«, »warum wir uns vom Kapitalismus befreien müssen«.

Die Erstellung eines Kampagnenflugblattes für politische Aktionen, die über das Jahr stattfinden, hat sich bewährt. Auf Demonstrationen werden die zentralen, inhaltlichen Positionen breit verteilt. Durch die Veröffentlichung der Flugblätter, der Rechenschaftsberichte und der Thesen zu den Schwerpunktthemen der Bundeskonferenzen auf der Webseite sind die Positionen der Ökologischen Linken für viele Leute erreichbar. Sie werden lebhaft genutzt, wie wir aus vielen Rückmeldungen wissen.

Die kapitalistische Weltwirtschaftskrise verschärft die Widersprüche und stürzt Millionen in Armut und Perspektivlosigkeit. Trotz verschärfter Repressionen gehen weltweit Menschen gegen das kapitalistische System auf die Straße, in EU-Europa besonders in den Staaten

des Mittelmeerraumes und Portugal. Die Versuche 2012, die Widerstände an der Peripherie Europas mit denen in den EU-Zentren zu verknüpfen, müssen fortgesetzt werden.

2012 – Das Jahr, in dem die Sache klarer wurde!

**Rechenschaftsbericht für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken
am 15./16. Dezember 2012 in Köln**